

NÜRNBERGER



FRIEDENSFORUM

c/o Ewald Ziegler
Okenstr. 22
90443 Nürnberg
e-mail: info@friedensforum-nuernberg.de
Internet:
<http://www.friedensforum-nuernberg.de>
Sonderkonto:
Ewald Ziegler, Postbank Essen
Kto-Nr. 695292437, BLZ 360 100 43
21. August 2012

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde!

Kriegstommeln

Seit Wochen tauchen immer wieder Meldungen über einen bevorstehenden Angriff Israels auf den Iran auf, um den vermuteten iranischen Griff nach der Atombombe zu stoppen.

Klar ist: Ein solcher Angriff würde gegen internationales Recht verstoßen und hätte nicht absehbare Folgen für die gesamte Region.

Bemerkenswert ist: Die iranische Führung beteiligt sich anscheinend bisher nicht an diesem Kriegstommeln.

Gefährlich dabei ist zudem: Kein Verbündeter Israels ist bisher öffentlich und deutlich diesem Herbeireden eines Krieges entgegen getreten. Eben auch Schweigen in Berlin.

Wir unterstützen wie bisher die Friedensbewegung in Israel. Sicherheit und Frieden in der Region wird es nur gemeinsam geben, wenn die berechtigten Interessen aller Beteiligten ernst genommen und berücksichtigt werden.

Dagegen wird die ohnehin schwierige Situation in der Region noch durch die jüngsten Kriegsdrohungen des US-Präsidenten gegen das syrische Regime verschärft.

Verheerend

Das Bundesverfassungsgericht öffnete das Tor für Bundeswehreinsätze im Inneren.

Dazu die **Pressemitteilung des Bundesausschusses Friedensratschlag** vom 17.08.2012

„Mit dem heutigen Urteil macht das BVerfG eine Kehrtwende in seiner eigenen Rechtsprechung: Noch vor sechs Jahren hatte das höchste deutsche Gericht ausgeschlossen, dass bewaffnete Streitkräfte auch im Inneren eingesetzt werden dürften. Damit kassierte das Gericht das Luftsicherheitsgesetzes des Bundes, das es der Bundeswehr erlauben sollte, in Zusammenhang mit der Terrorbekämpfung notfalls auch Luftfahrzeuge abzuschießen, in denen sich unbeteiligte Zivilpersonen befinden. *„Die Regelung“*, so hieß es unzweideutig, *„ist in vollem Umfang verfassungswidrig und infolgedessen ... nichtig.“*

Zwei Grundsätze des damaligen Urteils waren den Richter/innen besonders wichtig:

Erstens wurde eine Relativierung des Lebensrechts der Passagiere strikt ablehnt. In Randziffer 124 hieß es unzweideutig: *„Sie (die Passagiere) werden dadurch, dass ihre Tötung als Mittel zur Rettung anderer benutzt wird, verdinglicht und zugleich entrechtlicht; indem über ihr Leben von Staats wegen einseitig verfügt wird, wird den als Opfern selbst schutzbedürftigen Flugzeuginsassen der Wert abgesprochen, der dem Menschen um seiner selbst willen zukommt.“*

Zweitens verneinte das Urteil ein Recht der Bundesregierung, Bundeswehr auch im Inneren einzusetzen. Das Grundgesetz (Art. 35 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3 Satz 1) erlaubt es dem Bund nicht einmal, *„Streitkräfte bei der Bekämpfung von Naturkatastrophen und besonders schweren Unglücksfällen mit spezifisch militärischen Waffen einzusetzen“*, heißt es im zweiten Leitsatz des Gerichts.

Das alles soll seit heute nicht mehr gelten. Dieses Urteil ist verfassungspolitisch verheerend. Es besteht die

dringende Gefahr, dass damit ein entscheidender Schritt getan ist, die strikte Trennung von Polizei und Bundeswehr, von innerer und äußerer Sicherheit aufzuheben. Diese Trennung gehört zu den wichtigsten Prinzipien des Bonner Grundgesetzes und war über 60 Jahre verfassungspolitischer Konsens in der Bundesrepublik Deutschland. Es ist darüber hinaus ein Kennzeichen demokratischer Rechtsstaatlichkeit.

Auch politisch ist das Urteil verheerend. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hatte den Einsatz der Bundeswehr im Inneren in ihrer Koalitionsvereinbarung festgeschrieben. Wenn jetzt zwar das BVerfG beschwichtigend darauf verweist, dass mit dem heutigen Urteil ein Bundeswehreininsatz z.B. gegen Großdemonstrationen nicht gemeint sei, werden die Versuche zunehmen, die Grenze zwischen Polizei- und Bundeswehreinätzen zunehmend zu verwischen. Die Bundesrepublik Deutschland steht vor einem weiteren Schritt ihrer inneren Militarisierung. Dazu sagt die Friedens- und Demokratiebewegung eindeutig und lautstark NEIN.“

Weitere Infos und Kommentare unter www.Friedensratschlag.de

Auf dem Weg zur Kriegspartei

Ohne Mandat des Bundestages kreuzt ein „Flottendienstboot“ der Bundesmarine vor der Küste Syriens. Laut Bild am Sonntag (19.08.12) kann mit der Spionagetechnik an Bord bis zu 600 km tief in Syrien spioniert werden. Die gewonnenen Daten würden an US- und britische Geheimdienste weiter gegeben. Zudem seien BND Agenten im türkischen NATO Stützpunkt in Adana stationiert, um Telefonate und Funkverkehr aus Syrien abzuhören.

Neben der verfassungsrechtlichen Problematik dieses Treibens verurteilen wir vor allem die Einmischung in den Konflikt. Die Suche nach friedlichen Lösungen und Deeskalation schaut anders aus.

Karrieresprung

Am 04.09.2009 gab ein Oberst Klein, Kommandeur des „Wiederaufbauteams“ in Kundus, den Befehl zur Bombardierung von zwei entführten und in einer Furt stecken gebliebenen Tanklastern. Mindestens 139 Zivilisten starben dabei. Die Ermittlungen gegen den Oberst wurden eingestellt und es wurde ruhig um ihn. Bis August 2012. Nun wird der Oberst im neu geschaffenen Bundesamt für Personalmanagement der Bundeswehr Abteilungsleiter. Das hat die Beförderung zum General zur Folge.

Welch ein politisches Signal für die „Armee im Einsatz“!

Krisenauswirkung

Was für Blüten das verordnete Sparen im Bildungs- und Sozialbereich treibt, zeigt ein Beispiel aus Spanien. Die „Generaldirektorin für die Betreuung der Familien und der Schulgemeinschaft“ im katalanischen Bildungsministerium hat den Schulen folgendes erlaubt. Sie dürfen ab dem neuen Schuljahr den Kindern bis zu 50% des Essenspreises in der Schulkantine abnehmen, wenn die Kinder dort nichts zu essen kaufen. Aufgrund der Kürzungen bei den Schulen werden viele Schulen vor der Frage stehen, die Gebühr zu erheben, oder die Heizung abzudrehen, oder ...

Antikriegstag

Das gemeinsame Flugblatt mit dem DGB zur Aktion am Antikriegstag liegt bei. Kommen Sie am 01. September zwischen 10.00 und 13.00 mal an der Lorenzkirche vorbei. Wir brauchen natürlich auch Helferinnen und Helfer für das Gelingen der Aktion.

Nächstes Treffen

Wir laden Sie herzlich ein zum nächsten Treffen des Nürnberger Friedensforum

**am Donnerstag, den 20. September
um 19.00 Uhr im NBH Gostenhof, Adam-Klein-Str. 6.**

Die Organisation unserer weiteren Arbeit wird im Mittelpunkt des Treffens stehen. Wir hoffen auf reges Interesse bei dieser wichtigen Sitzung.

Mit friedlichen Grüßen

Anna Beltinger

Arno Weber

Ewald Ziegler